

1 *„Zukunft braucht Herkunft“*

2 Bundespräsident Dr. Johannes Rau

3 I. Einleitung

4 Schon in den Gründungsdokumenten der Sozialdemokratie haben die damals
5 Handelnden immer betont, dass sie Teil einer internationalen und damit auch
6 europäischen Bewegung sind

7 Viele wichtige Programme sind auf Thüringer Boden entstanden und verabschiedet
8 worden, unter anderem in Eisenach (1869), Gotha (1875) und Erfurt (1891).

9 Auch die erste Demokratie in Deutschland wurde mit der Verabschiedung der
10 Weimarer Verfassung in Thüringen bestätigt. In diesem Verfassungstext fanden sich
11 viele Forderungen wieder, für die die Sozialdemokratie lange gekämpft hatte.

12 Bereits 1925 forderte die SPD in ihrem Heidelberger Programm die „Vereinigten Staaten
13 von Europa“, weil sie hierdurch hoffte, besser zur „Interessensolidarität der Völker aller
14 Kontinente“ zu gelangen.

15 Die friedliche Lösung internationaler Konflikte, das Selbstbestimmungsrecht der
16 Völker, das Recht von Minderheiten auf demokratische und nationale
17 Selbstverwaltung, internationale Abrüstung und die Forderung nach einer dringend
18 notwendigen europäischen Wirtschaftseinheit, mit der den negativen
19 Globalisierungsfolgen besser zu begegnen gewesen wäre, gehörten schon damals zu
20 den auch heute noch hochaktuellen Forderungen.

21 An diese traditionsreiche Programmatik wird die SPD auch im 21. Jahrhundert
22 anknüpfen. Für uns thüringische Sozialdemokraten heißt das: Das erfolgreiche
23 Integrationsprojekt der bisherigen EU-Staaten tritt in eine wichtige neue
24 Entwicklungsetappe. Mit der bisher größten Erweiterungsrunde und den Fortschritten
25 auf dem Wege hin zu einer Europäischen Verfassung bieten sich auch für uns neue
26 Möglichkeiten der Ausgestaltung europäischer Rahmenbedingungen. Indem wir
27 unsere eigene Identität definieren und unsere Vorstellungen klar zum Ausdruck
28 bringen leisten wir unseren Beitrag zur Entwicklung der Wertegemeinschaft der EU in
29 den kommenden Jahren.

30 Die Thüringer SPD begrüßt die Aufnahme neuer Mitgliedstaaten in die Europäische
31 Union. Wir sehen darin einen konsequenten Schritt zur Beseitigung der
32 jahrzehntelangen Spaltung unseres Kontinents.

33 Eingeleitet durch die Versöhnungspolitik Willy Brandts und ermöglicht durch die
34 friedliche Revolution in der ehemaligen DDR, die zur staatlichen Einheit Deutschlands
35 führte, besteht mit diesem Erweiterungsschritt der EU eine realistische Chance für
36 einen dauerhaften Frieden in Europa.

37 Kriege als Mittel der Politik, wie sie Jahrhunderte lang zwischen den europäischen
38 Staaten mit verheerenden Folgen für die Menschen praktiziert worden sind, sollen
39 durch eine konsequente und moderne europäische Politik des „Vertragens durch
40 Verträge“ für alle Zeiten auf unserem Kontinent ausgeschlossen werden. Das „alte
41 Europa“ ist mit diesem Konzept in den vergangenen 50 Jahren sehr erfolgreich
42 gewesen!

43 Gerade wir Sozialdemokraten müssen unseren Bürgerinnen und Bürgern noch
44 wesentlich stärker als bisher diese politischen Prozesse erklären und um ihre
45 Unterstützung dafür werben.

46 Wir begrüßen deshalb auch, dass mit der jetzt erarbeiteten europäischen Verfassung
47 der Versuch unternommen wird, das bisher Erreichte durch die gemeinsame
48 Erarbeitung eines festen, zukunftsfähigen Fundaments an Werten und Zielen zu
49 vertiefen.

50 Besonders begrüßen wir, dass die künftige Europapolitik sehr viel stärker auch durch
51 parlamentarische Mitwirkung bestimmt sein wird. Dies wird zu größerer Bürgernähe
52 und zu besserer direkter Verantwortlichkeit beitragen.

53 Wir unterstützen die in den Beratungen zum Verfassungsentwurf deutlich
54 gewordenen Bestrebungen, das „Europäische Sozialmodell“ zu einem
55 unverwechselbaren Markenzeichen einer am Menschen orientierten Politik zu machen.
56 Europa kann und darf nicht nur ein Markt sein!

57 Wir begrüßen deshalb die Verankerung der Rolle der Sozialpartner in der Verfassung
58 ebenso wie die Präzisierung der künftigen Zuständigkeiten der Europäischen Union im
59 sozialen Bereich. Für die Stabilität der Europäischen Union und die notwendige
60 Herausbildung einer europäischen Identität ist das von besonderer Bedeutung.

61 Thüringen ist eine Region mit großem kulturellem Reichtum und einem gewachsenen
62 Bildungspotential. Wir Thüringer befinden uns auf dem Wege, unsere eigenen Werte
63 und Vorstellungen auf dem Gebiet der Kultur und Bildung zu definieren und sie in ein
64 friedlich zusammenwachsendes Europa einzubringen. Wir sollten diese Chance noch
65 bewusster nutzen, nachdem sie uns lange Zeit verwehrt war.

66 Bildung ist nicht nur einer der wichtigsten Rohstoffe der Zukunft sondern auch eine
67 entscheidende Zielstellung europäischer Politik als Antwort auf die
68 Globalisierungsprozesse.

69 Eine solche europäische Politik wollen wir mitgestalten und mit unseren Partnern
70 gemeinsam vertreten.

71 Tourismus und Kultur gehören für Thüringen zu den wichtigsten und
72 entwicklungsfähigsten Wirtschaftsfaktoren, die es – auch mit europäischer Hilfe -
73 durch eine konsequente und nach außen orientierte Landespolitik zu entwickeln gilt.

74 Unterstützung bei dieser Aufgabe kann die europäische Regionalpolitik leisten, die
75 auch künftig –trotz der verstärkt für die neuen EU-Mitglieder zur Verfügung zu
76 stellenden Mittel – zu einer kontinuierlichen und den Aufholbedarf unterstützenden
77 Politik in Thüringen beitragen wird.

78 Die SPD Thüringen tritt für eine konsequente Schwerpunktsetzung bei der Förderung
79 wichtiger Entwicklungspotenziale des Landes ein. Wir setzen uns deshalb auch im
80 Rahmen der Verfassungsdebatte dafür ein, dass in den Regionen künftig wieder mehr
81 eigene Entscheidungen – unabhängig von Vorgaben aus Brüssel – getroffen werden
82 können.

83 Dagegen müssen die notwendigen transeuropäischen Verkehrs- und
84 Informationssysteme der Zukunft unter europäischer Federführung geplant und
85 umgesetzt werden.

86 Ausdrücklich begrüßen wir, dass im Verfassungsentwurf und in der öffentlichen
87 Debatte in Europa ein deutlicher Trend zur Entwicklung einer wirklich eigenständigen
88 Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik im Rahmen einer Gemeinsamen
89 Europäischen Außenpolitik enthalten ist.

90 Eine so große Gemeinschaft wie die Europäische Union, in der sich fast 500 Mio.
91 Menschen auf gemeinsame Werte verständigt haben, muss mehr Verantwortung in
92 der Welt übernehmen.

93 Gerade dies ist eine entscheidende Voraussetzung, um im Rahmen des Völkerrechts
94 und anderer Verträge eine faire, auf Frieden, Gerechtigkeit und Solidarität orientierte
95 Politik in der Welt durchzusetzen.

96 **II. Für ein soziales Europa**

97 Die Europäische Union hat unserem Kontinent Frieden, Freiheit und Wohlstand
98 gebracht. Sie ist zu einer der bedeutendsten Wirtschaftsmächte der Welt geworden.
99 Zugleich wächst sie zu einer Wertegemeinschaft von Staaten und Völkern zusammen,
100 die sich gemeinsamen Grundwerten verbunden fühlen.

101 Im Binnenmarkt sind die Grenzen für Waren, Kapital, Dienstleistungen und Personen
102 längst gefallen. Auch der Euro – sichtbares Symbol der europäischen Einheit – sichert
103 zunehmend eine ausgewogene und nachhaltige gesamteuropäische
104 Wirtschaftsentwicklung. Angesichts der Globalisierung und weltweiter wirtschaftlicher
105 Verwerfungen rücken jedoch soziale Probleme immer stärker ins Blickfeld. Die Sorge
106 um den Arbeitsplatz, die Arbeitsbedingungen und ihre soziale Sicherung während und
107 nach der Beendigung ihres Berufslebens beschäftigen nicht nur die Thüringer
108 Bürgerinnen und Bürger zunehmend.

109 Soziale Fragen waren und sind ein wichtiger Bestandteil der europäischen Integration.
110 Dennoch ist der „europäische Sozialraum“ bislang noch zu wenig konkretisiert. Soll die
111 Europäische Union zu einem „Europa der Bürger“ werden, dann braucht sie zur
112 Ergänzung ihrer ausgedehnten Wirtschaftspolitik auch eine besser abgestimmte
113 Sozialpolitik.

114 Die SPD in Thüringen unterstützt eine stärkere europäische Integration im Bereich der
115 Sozialpolitik und begrüßt die Aufnahme der Grundwerte der sozialen Gerechtigkeit, der
116 Solidarität und Gleichheit in den zukünftigen europäischen Verfassungsvertrag.

117 Die SPD Thüringen möchte, dass den sozialen Zielen der Union, Bekenntnis zur sozialen
118 Marktwirtschaft, Sicherung des sozialen Friedens, Herstellung eines möglichst hohen
119 Beschäftigungsniveaus, Förderung von nachhaltiger Entwicklung, Gleichstellung von
120 Männern und Frauen sowie Anerkennung der Rechte des Kindes, zukünftig mehr
121 Bedeutung auf europäischer Ebene beigemessen wird. Diese sozialen Ziele dürfen nicht
122 nur Lippenbekenntnis bleiben, sondern müssen untrennbarer Bestandteil europäischer
123 Politik werden.

124 Gerade im Zuge der Erweiterung der EU müssen wir das europäische Sozialmodell
125 weiter festigen. Hierzu zählen insbesondere der Schutz der nationalen
126 Sicherungssysteme und die Sicherung der Mindeststandards in den Bereichen
127 Mitbestimmung, Chancengleichheit und Arbeitsschutz. Der Schutz der Gesundheit und
128 die Sicherheit der Arbeitnehmer sind auch auf Gemeinschaftsebene weiter zu fördern.
129 Wir Sozialdemokraten in Thüringen bekämpfen jede Form von „Sozialdumping“.
130 Kurzfristige Wettbewerbsvorteile dürfen nicht einseitig zu Lasten der Beschäftigten
131 erkaufte werden. Hierbei spielen die Sozialpartner zur Förderung des sozialen Dialogs
132 auch auf europäischer Ebene eine wichtige Rolle.

133 In den vergangenen Jahren hat sich der Wandel von der Industrie- zur Wissens- und
134 Dienstleistungsgesellschaft in der Europäischen Union erheblich beschleunigt. Daher
135 ist es notwendig, dass sich die Union den Herausforderungen stellt, die sich aus dem
136 sozialen und demografischen Wandel ergeben.

137 Auch die Bürger in Thüringen müssen sich diesen Entwicklungen immer mehr stellen.
138 Umso wichtiger ist es für uns Sozialdemokraten unseren Bürgern auch im Rahmen der
139 EU ein vergleichbares Niveau von Sicherheit in Zeiten des notwendigen Wandels zu
140 garantieren. Dazu gehört auch eine verbesserte Abstimmung der nationalen Politiken
141 im Bereich der Familienförderung.

142 Wir treten entschieden für die Chancengleichheit von Männern und Frauen auf dem
143 Arbeitsmarkt sowie die Gleichbehandlung am Arbeitsplatz ein. Die berufliche
144 Eingliederung der aus dem Arbeitsmarkt ausgegrenzten behinderten Mitmenschen
145 muss auch weiterhin in der EU eine prioritäre Zielstellung bleiben. Wir
146 Sozialdemokraten setzen uns dafür ein, dass in der Europäischen Union jede Form der
147 sozialen Ausgrenzung bekämpft wird.

148 Unser Ziel ist die Förderung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts in der
149 Europäischen Union. Im Zuge der voranschreitenden Integration sind die nationalen
150 Sicherungssysteme daher weiter aufeinander abzustimmen.

151 Wir Thüringer Sozialdemokraten setzen uns für eine Kohärenz von Wirtschafts- und
152 Sozialunion ein. Erst mit einer erweiterten und vertieften Kooperation im Bereich der
153 Sozialpolitik kann die europäische Wertegemeinschaft verwirklicht werden. Unser Ziel
154 ist die Schaffung einer lebenswerten und solidarischen Gemeinschaft für alle
155 Unionsbürger.

156 III. Bildung in und für Europa

157 Der Wirtschafts- und Lebensraum der erweiterten Europäischen Union bietet mit
158 seinen offenen Grenzen vielfältige individuelle Entfaltungsmöglichkeiten.

159 Damit diese Chancen von möglichst vielen Menschen erfasst und genutzt werden
160 können, werden wir die Voraussetzungen dazu durch eine moderne Bildungspolitik
161 schaffen.

162 Die kulturelle Vielfalt Europas ist eine große Chance. Je mehr Bürger sie durch
163 Begegnungen und Kontakte erfahren, umso mehr Vorbehalte werden abgebaut.

164 Internationale Bildungsarbeit beginnt bereits in Kindergärten und Schulen. Dort
165 werden alle Kinder und Jugendlichen angesprochen. Daraus ergibt sich, dass das
166 Thema „Europa“ einen besonderen inhaltlichen und altersangemessenen Schwerpunkt
167 auf allen Schulstufen und in allen Schulformen darstellen muss. Dies ist bisher nicht in
168 ausreichendem Maße der Fall. Wir werden diese europäischen Kompetenzen zu einem
169 stärkeren Bestandteil unserer Bildungsstandards machen.

170 Das Verständnis füreinander wächst mit der Kenntnis der Sprache unserer Nachbarn.
171 Das Erlernen von Fremdsprachen werden wir deshalb schon im Kindergarten besonders
172 fördern.

173 In den grenznahen Nachbarschaftsbereichen sollen darüber hinaus die begonnenen
174 Projekte fortgeführt und verstärkt werden, die jeweilige Nachbarsprache zu erlernen.

175 In Schulen, aber auch in der Erwachsenenbildung, werden wir deshalb besondere
176 Formen der internationalen und grenzüberschreitenden Zusammenarbeit erproben.

177 Mit Hilfe der modernen Kommunikationstechnologie bestehen inzwischen vielfältige
178 technische Möglichkeiten, um internationale Kontakte zu pflegen. Die umfassende
179 Anwendung dieser modernen Form des direkten Informationsaustauschs hängt sehr
180 stark von der Qualifikation und der Motivation unserer Pädagogen ab. Diesen Faktoren
181 müssen wir deshalb besondere Aufmerksamkeit widmen.

182 Unersetzlich sind jedoch die direkten Begegnungen unserer Bürger. Anbahnung,
183 Organisation und Durchführung solcher Begegnungen müssen stärker unterstützt
184 werden. Wir werden deshalb die bestehenden Rahmenabkommen mit unseren
185 Partnerregionen in Europa stärker mit Leben erfüllen und für noch mehr potentielle
186 Partner in Thüringen öffnen.

187 Mit dem Ziel, möglichst vielen Bildungseinrichtungen und interessierten Jugendlichen
188 die Teilnahme an internationalen Begegnungen zu ermöglichen, werden wir eine
189 verstärkte Zusammenarbeit mit bestehenden oder neu zu gründenden Stiftungen
190 prüfen. Die vorhandenen Austauschprogramme wie z.B. „Leonardo“, „Sokrates“,
191 „Erasmus“ und „Jugend“ müssen unseren potentiellen Nutzern in Thüringen noch
192 besser zur Kenntnis gebracht werden.

193 Nur wer seine eigene kulturelle Identität aufgebaut hat, kann in den Begegnungen mit
194 den verschiedenen Traditionen, Sprachen und Kulturen in der Europäischen Union das
195 Gemeinsame und Verbindende erkennen und die Unterschiede fruchtbar und kreativ
196 nutzen.

197 Da der Schule eine besondere Bedeutung dabei zukommt, eine kulturelle Identität zu
198 entwickeln, muss die Verantwortung für das Schul- und Bildungswesen auch weiterhin
199 bei den Mitgliedstaaten bleiben. Eine generelle Verlagerung dieser Kompetenzen auf
200 die europäische Ebene lehnen wir deshalb ab.

201 Wir treten allerdings für eine stärkere internationale Zusammenarbeit bei der
202 Ausbildung unserer Pädagogen ein.

203 Eine kontinuierliche Einbeziehung innereuropäischer Vergleiche von
204 Bildungsmethoden und Bildungsergebnissen ist unserer Auffassung nach dringend
205 erforderlich.

206 Der gute Ruf unserer thüringischen Hochschulen innerhalb Deutschlands muss auch
207 mit Blick auf die wachsende Konkurrenz und die damit verbundenen Chancen in der
208 erweiterten EU ausgebaut werden. Unsere Hochschulen brauchen deshalb mehr
209 Freiräume um ihre Attraktivität und Fähigkeiten in Lehre und Forschung in einem
210 zusammenwachsenden Europa weiterzuentwickeln.

211 **IV. Wirtschafts-, Industrie- und Wettbewerbspolitik**

212 Seit 1990 gelten auch für die Thüringer Wirtschaft die Rahmenbedingungen der
213 europäischen Wettbewerbspolitik. Trotz der bisherigen Ausnahmeregelungen fällt es
214 noch immer vielen Unternehmen schwer, sich in dem härter werdenden
215 internationalen Wettbewerb zu behaupten. Deshalb benötigt Thüringen im Interesse
216 des dringenden weiteren Ausbaus von Beschäftigung in Industrie und Gewerbe noch
217 auf Jahre hinaus erweiterte Spielräume durch die europäische Beihilfepolitik.

218 Zukünftig brauchen wir eine bessere Unterstützung für den Marktzugang Thüringer
219 Unternehmen in den neuen EU-Mitgliedstaaten Mittel- und Osteuropas und den
220 angrenzenden Drittstaaten.

221 Da eine Ansiedlung großer Unternehmen in Thüringen bisher weit unter den
222 Erwartungen geblieben ist, setzen wir zukünftig verstärkt auch auf den Einsatz der
223 europäischen Strukturfonds zur Verbesserung der Rahmenbedingungen von kleineren
224 und mittleren Unternehmen (KMU), um dringend benötigte Arbeitsplätze zu schaffen
225 und zu sichern.

226 Mit Blick auf bestimmte Umweltbelastungen und die globalen Klimaveränderungen
227 muss eine noch stärker aufeinander abgestimmte Energie- und Verkehrspolitik der EU-
228 Mitgliedstaaten vorangetrieben werden. Der Gesichtspunkt der Nachhaltigkeit
229 wirtschaftlicher Prozesse ist in diesem Sinne in den kommenden Jahren in das Zentrum
230 einer europäischen Wirtschaftspolitik zu rücken.

231 Wettbewerbspolitik auch innerhalb des gemeinsamen Marktes ist kein Zweck an sich.
232 Unverzichtbar bleibt deshalb für uns das Ziel der Daseinsvorsorge, wesentliche
233 Dienstleistungen und öffentliche Güter auch in den strukturell schwächeren Regionen
234 vorzuhalten. Das entspricht nicht zuletzt der europäischen Zielstellung des
235 wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts der Regionen innerhalb der
236 Europäischen Union.

237 Deshalb hat die EU-Kommission auch die Gestaltungsfreiheit der Mitgliedsstaaten
238 anerkannt, die Erforderlichkeit der Aufgabenwahrnehmung im Bereich der
239 Daseinsvorsorge in ihrer Reichweite und Struktur selbst zu bestimmen.

240 Die kommunale Selbstverwaltung in Deutschland ist historisch gewachsen und
241 garantiert ein hohes Niveau an Infrastrukturausstattung und Versorgung der
242 Bürgerinnen und Bürger mit Leistungen. Eine starke Einbeziehung der Bürger selbst ist
243 ebenfalls dabei garantiert. Das entspricht voll dem Sinn des europäischen
244 Subsidiaritätsprinzips. Wir Sozialdemokraten treten auch zukünftig dafür ein, dass
245 substantielle Versorgungsaufgaben im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung
246 erbracht werden können.

247 Um die Rechtssicherheit zu stärken müssen Bund und Länder unter Beteiligung der
248 Kommunen klar definieren, welche Aufgaben zeitgemäß zur öffentlichen
249 Daseinsvorsorge zu rechnen sind.

250 Entscheidend für die Durchführung dieser Aufgaben bleibt es, die Erbringung der mit
251 einer Gemeinwohlverpflichtung versehenen Dienstleistung effizient und
252 kostengünstig für die Bürgerinnen und Bürger zu realisieren. Dabei muss der Erhalt der
253 für die Gemeinwohlverpflichtung notwendigen besonderen Finanzmechanismen und
254 spezifischen Rechte garantiert bleiben.

255 Im Interesse der Transparenz und einer Minimierung des öffentlichen Mitteleinsatzes
256 sind die Standards für öffentliche Leistungen durch die Kommunen eindeutig zu
257 definieren.

258 *Forschungsförderung*

259 Die EU will insgesamt bis 2010 eine dynamische und wettbewerbsfähige
260 Wissensgesellschaft werden. Wir wollen das Thüringen seine Potentiale noch besser
261 nutzt, um an diesem Prozess noch stärker teilzuhaben.

262 Im Umfeld unserer wirtschaftsnahen Forschungsinstitute von heute wird es morgen
263 die attraktivsten Arbeitsplätze geben.

264 Öffentliche Förderprogramme von EU, Bund und Land müssen deshalb
265 schwerpunktmäßig dort greifen, wo den Unternehmen selbst das Kapital dazu noch
266 fehlt.

267 Wir werden alle Möglichkeiten nutzen, um die Zusammenarbeit von Wirtschaft und
268 Forschung weiter zu stärken.

269 *Tourismus*

270 Der freie Personenverkehr und die Einführung des Euro verbessern einerseits die
271 Rahmenbedingungen für den Ausbau des Tourismus in Thüringen. Andererseits
272 verschärft sich damit auch der Wettbewerb in dieser wachsenden Wirtschaftsbranche
273 erheblich.

274 Eine wirklich europäisch orientierte Landespolitik muss die noch erheblichen
275 internationalen Entwicklungspotenziale der thüringischen Tourismusbranche
276 freisetzen. Dabei kann an die positiven Effekte des Europäischen Kulturstadtjahres
277 „Weimar '99“ angeknüpft werden.

278 Wir streben eine großräumigere Vermarktung besonders unserer kulturhistorischen
279 und landschaftlichen Attraktionen an. In den Regionen, die zukünftig stark vom
280 Tourismus abhängen, brauchen wir auch einen verstärkten Einsatz der europäischen
281 Strukturfonds zum Ausbau einer vielseitigen touristischen Infrastruktur.

282 *EU-Regionalförderung*

283 Thüringen hat seit 1990 erheblich von der europäischen Solidarität im Rahmen der
284 Strukturförderung profitiert. Allein in der laufenden Förderperiode von 2000 bis 2006
285 fließen mehr als 2,9 Mrd. EUR in den Freistaat. Dennoch haben wir wesentliche Ziele
286 noch nicht erreicht. Nach wie vor liegt das Bruttoinlandsprodukt in Thüringen
287 unterhalb der Schwelle von 75% des gegenwärtigen europäischen Durchschnitts.
288 Thüringen erhält daher zurzeit die europäische Höchstförderung. Durch den Beitritt
289 von zehn weniger wohlhabenden Ländern zum 1. Mai 2004 wird das durchschnittliche
290 europäische Bruttoinlandsprodukt sinken. Thüringen wird dadurch im europäischen
291 Vergleich relativ reicher. Dies könnte dazu führen, dass der Freistaat rechnerisch die
292 75%-Grenze überschreitet. Dieser rein „statistische Effekt“ darf jedoch nicht
293 automatisch zum Auslaufen der EU-Höchstförderung führen. Die europäischen
294 Förderziele müssen real und nicht nur statistisch erreicht werden. Thüringen braucht
295 daher auch nach 2006 die Einordnung in eine angemessene und höchst mögliche
296 Förderpriorität.

297 Eventuelle Veränderungen der Förderung dürfen sich nur an der tatsächlich erreichten
298 Strukturangepassung orientieren, wobei Kriterien wie Arbeitslosigkeit und der Stand des
299 Ausbaus der Infrastruktur für die Bewertung der Förderbedürftigkeit einbezogen
300 werden sollten.

301 Wir streben auch die Fortsetzung einer europäischen Beihilfepolitik für den Freistaat
302 an, die die Ansiedlung großer Unternehmen weiterhin ermöglicht. Nur so kann der
303 nach wie vor dringende wirtschaftliche Aufholprozess in Gang gehalten werden.

304 Die historisch zwingend notwendige Umsteuerung eines Großteils der EU-
305 Strukturhilfen in die neuen Beitrittsstaaten darf nicht zu früh zur Beendigung
306 europäischer Hilfen im Zuge des ostdeutschen Aufholprozesses führen.

307 Unabhängig von der Dauer und der Höhe der noch zu erwartenden EU-Strukturhilfen
308 setzen wir uns für einen noch effizienteren und zielgenaueren Einsatz der EU-Mittel in
309 unseren bedürftigen Regionen ein.

310 *Gemeinsame Agrarpolitik (GAP)*

311 Die Gemeinsame Agrarpolitik der EU folgte viel zu lange dem Grundsatz der Bindung
312 der Beihilfenzahlung für die Landwirte an die produzierte Menge.

313 Dadurch sind in den letzten Jahrzehnten Zustände eingetreten, die sowohl für die
314 Landwirte als auch für die Bevölkerung und nicht zuletzt für unsere Umwelt nicht mehr
315 akzeptabel sind.

316 Die inzwischen eingeleiteten Reformen der EU-Agrarpolitik müssen konsequent und
317 zielorientiert fortgeführt werden. Wir brauchen eine Politik, die in erster Linie dem
318 Verbraucherschutz, dem Schutz unserer natürlichen Ressourcen und stabiler
319 wirtschaftlicher Rahmenbedingungen für alle Akteure im ländlichen Raum dient.
320 Unverzichtbar bleiben in diesem Zusammenhang folgende grundlegende Ziele:

- 321 1. Die Ernährungssicherheit für unsere Bürger hinsichtlich Qualität und Menge hat
322 Vorrang vor handelspolitischen Interessen.
- 323 2. Eine weitere Öffnung des EU-Agrarmarktes für Produkte aus Drittstaaten setzt
324 voraus, dass sie entsprechend der in der EU gültigen ökologischen und
325 Nachhaltigkeitskriterien erzeugt werden.
- 326 3. Die Anwendung nachhaltiger landwirtschaftlicher Produktionsweisen muss
327 schwerpunktmäßig gefördert werden.

328 Solange entscheidende wirtschaftliche Rahmenbedingungen in der EU noch nicht
329 ausreichend harmonisiert wurden (z.B. Tierschutz und Mineralölsteuer), müssen
330 kurzfristige Verzerrungen des innergemeinschaftlichen Wettbewerbs vermieden
331 werden.

332 Eine zukunftsorientierte europäische Agrarpolitik wird sich noch stärker als Teil einer
333 nachhaltigen Wirtschafts-, Umwelt-, Beschäftigungs- und Sozialpolitik für unsere
334 zumeist strukturschwachen ländlichen Regionen verstehen müssen. Deshalb begrüßen
335 wir die grundsätzliche Richtungsentscheidung der Beschlüsse des EU-Agrarrates vom
336 26.Juni 2003.

337 ***Europäische Innen- und Justizpolitik***

338 Die europäische Innen- und Rechtspolitik leistet einen wesentlichen Beitrag auf dem
339 Weg zu einem Raum der Freiheit, des Rechts und der Sicherheit in einem
340 zusammenwachsenden Europa.

341 Wir Thüringer Sozialdemokraten begrüßen die Erarbeitung einer Europäischen
342 Verfassung und machen uns für deren unverzügliche Umsetzung im Interesse der
343 Bürger der Union stark. In diesem Sinne werden wir uns insbesondere für die
344 Fortentwicklung des Grundrechtsschutzes auf europäischer Ebene einsetzen.

345 Grundlage der europäischen Innenpolitik muss es sein, einerseits die Probleme auf
346 europäischer Ebene angemessen zu lösen und andererseits den Mitgliedsstaaten und
347 ihren Ländern einen substantiellen Bereich eigener Kompetenzen zu überlassen.

348 Die Zusammenarbeit der nationalen und der Verwaltung der Europäischen Union muss
349 dringend weiter ausgebaut werden. Dies gilt insbesondere in Fragen der
350 Kriminalitätsbekämpfung. Der internationalen Kooperation der Straftäter muss auch
351 international begegnet werden. Der Einsatz von gemeinsamen Ermittlungsgruppen in
352 den Bereichen der Bekämpfung des Menschenhandels, der Schleuser- und
353 Drogenkriminalität, der Cyberkriminalität und der Geldwäsche ist in diesem
354 Zusammenhang unbedingt zu verstärken.

355 Eine Erweiterung des Mandats von EUROPOL wird, bei gleichzeitiger Sicherung
356 rechtsstaatlicher Verfahrensgarantien, zu prüfen sein. Die Beitrittsstaaten müssen in
357 die innenpolitische Kooperation noch wirksamer eingebunden werden. In Fragen der
358 Ausrüstung und der Aus- und Weiterbildung der dortigen Beamten bleibt eine weitere
359 Unterstützung dringend erforderlich.

360 Eine europäische Zuwanderungspolitik ist an liberalen und humanen Prinzipien als
361 auch an volkswirtschaftlichen Erfordernissen auszurichten. Die Sicherung einer
362 einheitlichen Verwaltungspraxis auf europäischer Ebene darf nicht zum Vorwand für
363 den Abbau von Schutzrechten für Flüchtlinge werden. Auch bei rechtsmissbräuchlicher
364 Zuwanderung ist ein menschenwürdiges Verfahren im Umgang mit diesen Menschen
365 zu sichern.

366 Für uns Sozialdemokraten ist dabei die umfassende Transparenz der europäischen
367 Innenpolitik von besonderer Bedeutung. Grundlage dazu bleibt die Gewährleistung
368 eines umfassenden Informationszugangs für alle Bürger.

369 Die justizielle Zusammenarbeit der Mitgliedsstaaten muss weiter ausgebaut werden.
370 Hier kommt den europäischen Institutionen eine Schlüssel- und insbesondere
371 Koordinierungsfunktion zu. Die bisherigen Kooperationsprojekte (Europäische Einheit
372 für justizielle Zusammenarbeit (Eurojust) und Europäische Amt für
373 Betrugsbekämpfung (OLAF)) sind zu evaluieren und angemessen fortzuentwickeln.

374 Es muss auf eine umfassende Anerkennung und Vollstreckung von
375 Verwaltungsvollstreckungs- und Strafverfolgungsmaßnahmen in allen
376 Mitgliedsländern nach dem Vorbild des europäischen Haftbefehls hingearbeitet
377 werden. Eine Vereinheitlichung von Strafbestimmungen und Definitionen kann die
378 Effektivität in der Kriminalitätsbekämpfung steigern. Wir Sozialdemokraten werden
379 dabei auf die Einhaltung eines hohen rechtsstaatlichen Standards und die
380 Gewährleistung eines wirksamen Grundrechtsschutzes für die Bürger achten. Dies gilt
381 z.B. auch für die Diskussion um die strafrechtlichen Verfahrensgarantien und bei der
382 Schaffung einer europäischen Staatsanwaltschaft.

383 Langfristig wird auch die Einbeziehung des Zivilrechts, des Zivilprozessrechts und
384 Verfahren zur Streitbeilegung im Zivil- und Handelsrecht in die europäischen
385 Kompetenzen zu prüfen sein.

386 **V. Zukunftsperspektiven der Europäischen Union**

387 Die Völker Europas sind durch ihre jahrhundertealte gemeinsame kulturhistorische
388 Entwicklung zu einer realen Schicksalsgemeinschaft geworden.

389 Der vor mehr als 50 Jahren begonnene Integrationsprozess hat nicht zuletzt die
390 Grundlagen dafür geschaffen, die Spaltung Europas zu überwinden. Dies kann auf
391 Dauer jedoch nur gelingen, wenn alle Mitgliedstaaten und Völker die vereinbarten
392 Werte und Rechtsnormen anerkennen und einhalten.

393 Die gemeinsamen Werte, auf denen die Europäische Union gründet, sind die Achtung
394 der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit und Rechtsstaatlichkeit. Aber
395 auch die Werte der Gerechtigkeit und Solidarität, die durch die Arbeiter- und
396 Gewerkschaftsbewegung sowie die europäische Sozialdemokratie maßgeblich geprägt
397 wurden, sind für uns unverzichtbar, wenn es darum geht, die Zukunft Europas
398 gemeinsam zu gestalten.

399 Auf dieser Grundlage wird sich verstärkt das Gemeinschaftsgefühl einer EU-
400 Bürgerschaft entwickeln, wie sie im Entwurf des Konvents für eine europäische
401 Verfassung verankert wurde.

402 In Politikbereichen, die auf Dauer nur noch europaweit sinnvoll ausgestaltet werden
403 können – beispielsweise beim Umwelt- und Verbraucherschutz – muss und wird die
404 Bedeutung nationalstaatlicher Regulierungen zurückgehen. Gleichzeitig sollten
405 historisch gewachsene regionale kulturelle Gestaltungsräume für die Bürger erhalten
406 werden.

407 Die gerade um 10 neue Mitgliedstaaten erweiterte Europäische Union hat mit der
408 Verabschiedung einer eigenen europäischen Verfassung die Chance, künftig nicht nur
409 globale Wirtschaftsmacht zu sein, sondern auch Maßstab und Motor für eine
410 Globalisierung von Demokratie und Menschenrechten.

411 Außerdem ist die Europäische Union bereits heute der stärkste Wirtschaftsraum der
412 Welt.

413 Nach den verheerenden Erfahrungen der Völker Europas mit Bürger-, Religions- und
414 Weltkriegen in den vergangenen Jahrhunderten muss die Europäische Union jedoch
415 auch eine „Weltmacht des Friedens“ werden. Zukünftig sollte sie als
416 gesamteuropäische Verteidigungsgemeinschaft einer gemeinsamen präventiven
417 europäischen Außen- und Sicherheitspolitik Kraft und Autorität verleihen.

418 Die Europäische Union muss den in Maastricht begonnenen Weg zu einer echten
419 Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und zu einer an den Interessen Europas
420 ausgerichteten Verteidigungsgemeinschaft konsequent fortsetzen. Ihre Ziele sollten
421 die Wahrung des Friedens und die Stärkung der internationalen Sicherheit
422 entsprechend der Charta der Vereinten Nationen sein.

423 Europa muss zukünftig mit einer Stimme sprechen. Nur so kann die EU zukünftig die
424 Kraft entwickeln ihre Werte eigenständig zu vertreten, erfolgreich in die internationale
425 Politik ein zu bringen und mit Hilfe weiterer Partner in der Welt im Interesse unserer
426 Bürger durchzusetzen.

427 Die europäischen Bürgerinnen und Bürger haben bei den Europawahlen 2004 die
428 Chance, mit einem neu zu wählenden Europäischen Parlament dazu beizutragen, dass
429 die Werte der europäischen Verfassung zur Grundlage der weiteren Entwicklung der
430 Europäischen Union werden.